

**Die Corona-Krise in der Einschätzung
der Bewohner der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens im Herbst 2020**

Ergebnisse einer Befragung für das
Ministerium der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

18. November 2020
f20.0478/39533 Le, Ma

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	4
1.1 Persönliche Zukunftsaussichten	4
1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten	5
2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise	6
2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise	6
2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise	8
2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise	10
2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise	11
3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger	12
4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise	14
5. Informationsverhalten und Informationsstand	19
6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise	24
7. Zentrale Ergebnisse	30

Vorbemerkung

Seit dem Frühjahr 2020 stellt die Corona-Krise öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, gesellschaftliche Vereinigungen und Bürger vor große Herausforderungen.

Um die Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung Ostbelgiens abschätzen und neue Perspektiven für die Zukunftsgestaltung entwickeln zu können, hat das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens forsa Politik und Sozialforschung GmbH nach einer ersten Erhebung im Juni 2020 erneut damit beauftragt, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermitteln.

Befragt wurden dazu vom 29. Oktober bis 16. November 2020 1.001 Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Einige der Fragen aus der ersten Erhebung im Juni wurden in der aktuellen Befragung erneut gestellt, um Zeitvergleiche vornehmen und mögliche Veränderungen im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Die Erhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt. Die Auswahl der Befragten geschah nach einem systematischen Zufallsverfahren, bei dem zunächst Haushalte anhand computergenerierter Telefonnummern zufällig ausgewählt und in einem zweiten Schritt in einem Haushalt mithilfe einer weiteren Zufallsauswahl die Befragungsperson ermittelt wurde. Dieses Verfahren stellt sicher, dass alle Bevölkerungs- und Altersgruppen einschließlich der Jüngeren in der Stichprobe vertreten sind.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse sind repräsentativ und können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens übertragen werden.

1. Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1.1 Persönliche Zukunftsaussichten

Nach wie vor blickt trotz der aktuellen Corona-Krise und der steigenden Infektionszahlen die große Mehrheit (76 %) der Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinden in Belgien sehr bzw. eher optimistisch in die Zukunft. Der Anteil der „Optimisten“ ist allerdings im Vergleich zum Juni dieses Jahres etwas zurückgegangen (- 7 Prozentpunkte). Gleichzeitig ist der Anteil derer, die eher bzw. sehr pessimistisch in die Zukunft blicken, um 4 Prozentpunkte auf 21 Prozent gestiegen.

Am ehesten blicken die Bewohner im Süden der DG, Frauen, die über 45-Jährigen, die Rentner sowie die Befragten mit niedrigen Bildungsabschlüssen pessimistisch in die Zukunft.

▪ Persönliche Zukunftsaussichten

Es blicken persönlich in die Zukunft

		sehr optimistisch %	eher optimistisch %	eher bzw. sehr *) pessimistisch %
insgesamt:	2011	18	64	17
	2014	15	62	22
	2018	22	63	13
	Juni 2020	14	69	17
	November 2020	13	63	21
Norden		13	67	19
Süden		16	59	24
Männer		19	61	18
Frauen		10	65	24
18- bis 29-Jährige		17	73	10
30- bis 44-Jährige		15	67	18
45- bis 59-Jährige		13	59	26
60 Jahre und älter		15	55	27
Erwerbstätige		15	64	19
Rentner		14	55	27
ohne Diplom/Primar		13	54	28
mittlerer Abschluss		21	56	21
Abitur/Studium		12	68	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Waren bereits im Juni die Erwartungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostbelgien verhaltener als noch in den vergangenen Jahren, so haben sich die Erwartungen seit Juni weiter eingetrübt.

So ist aktuell der Anteil derer, die die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sehr bzw. eher optimistisch beurteilen, gegenüber Juni nochmals um 9 Prozentpunkte auf nun 55 Prozent zurückgegangen. 40 Prozent beurteilen die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten eher bzw. sehr pessimistisch – ein Plus von 7 Prozentpunkten im Vergleich zum Juni bzw. 28 Prozentpunkten im Vergleich zu 2018.

▪ Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien beurteilen

		sehr optimistisch %	eher optimistisch %	eher bzw. sehr *) pessimistisch %
insgesamt:	2011	8	64	28
	2014	6	60	30
	2018	17	67	12
	Juni 2020	7	57	33
	November 2020	6	49	40
Norden		4	54	41
Süden		8	48	40
Männer		10	49	38
Frauen		3	49	43
18- bis 29-Jährige		9	42	43
30- bis 44-Jährige		5	49	41
45- bis 59-Jährige		4	49	43
60 Jahre und älter		6	53	35
Erwerbstätige		8	52	35
Rentner		5	52	36
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss		4	49	38
Abitur/Studium		11	38	45
		4	55	37

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = keine Angabe

2. Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise

2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise

Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, was ihnen im Zusammenhang mit der Corona-Krise die meisten Sorgen bereitet, werden wie bereits im Juni auch im Herbst in erster Linie die ökonomischen Auswirkungen der Corona-Krise genannt: 25 Prozent nennen die wirtschaftliche Lage bzw. einen Konjunkturunbruch und finanzielle Einbußen. Weniger häufig als noch im Juni machen sich die Befragten allerdings Sorgen vor Arbeitslosigkeit (2 %) oder Preissteigerungen (0 %).

11 Prozent sind aktuell auch wegen einer möglichen Überlastung des Gesundheitssystems besorgt. Ebenso viele sorgen sich vor einer eigenen Ansteckung, 8 Prozent machen sich Sorgen, dass sich Familienmitglieder mit dem Corona-Virus infizieren könnten.

Fehlende Kontakte beschäftigen derzeit 9 Prozent, die Angst vor einer lang anhaltenden Pandemie 8 Prozent, die gesellschaftlichen Folgen der Krise 6 Prozent.

Für 9 Prozent ist auch eine fehlende Akzeptanz der Maßnahmen besorgniserregend.

▪ Die größten Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise *)

	Juni <u>%</u>	November <u>%</u>
- wirtschaftliche Lage/ Konjunkturunbruch	21	25
- Arbeitslosigkeit	9	2
- Sorge vor Preissteigerungen	2	0
- Überlastung des Gesundheitssystems	-	11
- Sorge vor eigener Ansteckung	7	11
- Sorge vor Ansteckung von Familienmitgliedern	7	8
- zweite Pandemie-Welle/Lockdown	10	4
- fehlende Therapien/ kein Impfstoff	4	2
- fehlende Kontakte	4	9
- Angst vor lang anhaltender Pandemie	5	8
- gesellschaftliche Folgen	7	6
- Sorgen um Kinder/Jugend	4	5
- Lernrückstände der Schüler	6	4
- Grenzschießungen	3	1
- Sorge um ältere Menschen	2	3
- fehlende Akzeptanz der Maßnahmen	7	9
- Freiheitsbeschränkungen	6	4
- zu schnelle Lockerung von Maßnahmen	3	1
- zu wenige/ mangelhafte Informationen	3	2
- fehlende Kompetenz der Politiker	2	2
- Leugner der Krise, Verschwörungstheoretiker	0	3
- keine Sorgen	7	5

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise

Auch im November hat eine Mehrheit der Befragten in der Corona-Krise nicht nur Sorgen, sondern kann der Zeit auch etwas Positives abgewinnen: Insgesamt 62 Prozent können ein positives Erlebnis oder eine positive Erfahrung nennen. Dieser Anteil ist aktuell im zweiten „Lockdown“ allerdings etwas niedriger als noch im Frühsommer dieses Jahres mit 75 Prozent.

Nach wie vor am häufigsten nennen die Bewohner in Ostbelgien die Erfahrung der „Entschleunigung“ und den Zuwachs an Zeit (insbesondere mit der Familie), den sie durch die Krise persönlich gewonnen haben.

Daneben werden als positive Erfahrungen auch der Zusammenhalt sowie eine gestiegene Hilfsbereitschaft, die Pflege sozialer Kontakte und eine „Rückbesinnung auf das Wesentliche“ hervorgehoben.

Weitere positive Erlebnisse und Erfahrungen in der Corona-Krise, die von den Befragten genannt werden, sind die Umstellung auf mehr Digitalisierung, weniger (Straßen-)Verkehr, positive Auswirkungen auf die Umwelt, das Einhalten der Corona-Regeln, die eigene Gesundheit sowie Ersparnisse im Alltag.

▪ Positive Erlebnisse oder Erfahrungen in der Corona-Krise *)

Es haben folgende positive Erlebnisse oder Erfahrungen im Zuge der Corona-Krise gemacht:	Juni %	November %
- mehr Zeit mit der Familie	18	15
- „Entschleunigung“	17	12
- mehr Zeit (allgemein)	11	5
- eigene Region entdecken	0	2
- Zeit für Haus und Garten	1	1
- Zusammenhalt	13	8
- gestiegene Hilfsbereitschaft	4	4
- soziale Kontakte gepflegt	3	3
- Rückbesinnung auf das Wesentliche	6	6
- Umstellung auf mehr Digitalisierung	5	3
- weniger (Straßen-)verkehr	5	1
- gut für die Natur/Umwelt	4	1
- Einhalten der Corona-Regeln	4	3
- eigene Gesundheit/ Gesundheit der Familie	2	3
- Geld gespart	1	1
- mehr Sport und Bewegung	0	4
- Homeoffice/Homeschooling	0	2
- mehr Kreativität/neue Sachen entdecken	0	2
- keine positiven Erfahrungen	25	38

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Die Hälfte der Bewohner in Ostbelgien (50 %) fühlt sich derzeit durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen in ihrem persönlichen Leben stark (36 %) oder sogar sehr stark (14 %) eingeschränkt. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Juni deutlich (+ 15 Prozentpunkte) gestiegen.

Besonders die unter 30-Jährigen fühlen sich aktuell durch die Corona-Krise und die getroffenen Maßnahmen stark eingeschränkt.

Die Hälfte der Bewohner in Ostbelgien fühlt sich weniger stark oder gar nicht eingeschränkt.

- Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

		Durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen fühlen sich in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt			
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht
		%	%	%	%
insgesamt	Juni	9	26	52	13
	November	14	36	41	9
Norden		13	39	37	9
Süden		14	33	44	8
Männer		14	32	42	10
Frauen		13	39	40	7
18- bis 29-Jährige		17	47	33	4
30- bis 44-Jährige		15	33	34	15
45- bis 59-Jährige		13	36	45	5
60 Jahre und älter		11	28	48	12
Erwerbstätige		14	35	42	9
Rentner		11	29	47	13
ohne Diplom/Primar		10	28	43	17
mittlerer Abschluss		12	40	42	5
Abitur/Studium		13	36	41	9

2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Ähnlich wie bereits im Juni geben nur wenige Befragte (15 %) an, dass sich ihre finanzielle Situation durch die Corona-Krise bislang verschlechtert habe.

78 Prozent berichten hingegen von keiner Veränderung, 6 Prozent sogar von einer Verbesserung.

Etwas häufiger als der Durchschnitt geben die 30- bis 44-Jährigen an, dass sich ihre finanzielle Situation durch die Corona-Krise verschlechtert habe.

- Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Die finanzielle Situation ist durch die Corona-Krise

		besser geworden %	schlechter geworden %	unverändert *) geblieben %
insgesamt	Juni	6	17	77
	November	6	15	78
Norden		5	15	80
Süden		7	16	75
Männer		6	18	75
Frauen		5	13	81
18- bis 29-Jährige		4	15	76
30- bis 44-Jährige		2	25	73
45- bis 59-Jährige		8	17	75
60 Jahre und älter		7	7	85
Erwerbstätige		5	17	77
Rentner		8	6	85
ohne Diplom/Primar mittlerer Abschluss		6	18	76
Abitur/Studium		7	15	74
		5	15	79

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger

Wie bereits im Juni zeigen sich in der Bewertung des bisherigen Krisenmanagements der föderalen Regierung in Brüssel und des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Bürger in Ostbelgien recht deutliche Unterschiede.

So sind mit der bisherigen Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel 51 Prozent der Bewohner in Ostbelgien (sehr) zufrieden, 46 Prozent weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dagegen 72 Prozent der Bürger in Ostbelgien (sehr) zufrieden und nur 26 Prozent (Bewohner im Süden häufiger als im Norden) weniger oder gar nicht zufrieden.

Gegenüber dem Juni sind jeweils etwas weniger Befragte sowohl mit der Arbeit der föderalen Regierung als auch mit der des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden (- 7 bzw. -6 Prozentpunkte).

Zufrieden mit der Arbeit sowohl der föderalen Regierung in Brüssel als auch der der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind insbesondere die über 60-Jährigen und – damit weitestgehend korrespondierend – die Rentner.

▪ Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung und der DG in der Corona-Krise

Im Umgang mit der Corona-Krise sind mit der bisherigen Arbeit der

		föderalen Regierung in Brüssel		Deutschsprachigen Gemeinschaft	
		(sehr) zufrieden	weniger bzw. *) gar nicht zufrieden	(sehr) zufrieden	weniger bzw. *) gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
insgesamt	Juni	58	37	78	19
	November	51	46	72	26
Norden		53	42	76	20
Süden		48	49	66	32
Männer		51	46	69	28
Frauen		51	45	73	25
18- bis 29-Jährige		52	46	68	30
30- bis 44-Jährige		45	53	67	30
45- bis 59-Jährige		43	53	68	30
60 Jahre und älter		61	33	79	17
Erwerbstätige		47	50	70	28
Rentner		61	32	79	18
ohne Diplom/Primar		56	33	78	16
mittlerer Abschluss		56	43	70	28
Abitur/ Studium		47	50	71	27

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4. Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise

Wie bereits im Juni hält auch im November eine große Mehrheit der Bürger die bisher zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen politischen Maßnahmen insgesamt für angemessen (64 %).

17 Prozent gehen die Maßnahmen zu weit, 16 Prozent gehen sie nicht weit genug.

Dass die Maßnahmen zu weit gehen, meinen die Bewohner im Süden der DG etwas häufiger als die Bewohner im Norden und die unter 45-Jährigen häufiger als die älteren Befragten.

- **Einschätzungen zu den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie**

		Die getroffenen Maßnahmen		
		sind angemessen	gehen zu weit	gehen nicht weit genug *)
		%	%	%
insgesamt	Juni	66	22	10
	November	64	17	16
Norden		65	13	19
Süden		64	21	13
Männer		65	16	18
Frauen		64	19	14
18- bis 29-Jährige		65	25	8
30- bis 44-Jährige		63	22	13
45- bis 59-Jährige		60	17	22
60 Jahre und älter		68	9	18
Erwerbstätige		63	19	17
Rentner		68	10	19
ohne Diplom/Primar		66	8	21
mittlerer Abschluss		66	19	12
Abitur, Studium		64	18	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die große generelle Zustimmung zu den von der Politik beschlossenen Maßnahmen findet sich auch in der Bewertung der einzelnen Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie ergriffen wurden, wieder. Auch wenn die Bewertung der einzelnen Maßnahmen durchaus differenziert ausfällt, finden fast alle ergriffenen Maßnahmen die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung.

Die höchste Zustimmung (91 %) erhält dabei das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an den durch den Gesetzgeber festgelegten Orten. 88 Prozent halten auch die Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen für angemessen, 82 Prozent das Homeoffice als Regel in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten. Das Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter, wie z.B. Herbst- und Weihnachtsmärkte, halten 79 Prozent, das Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum 77 Prozent für angemessen. Auch die Ausnahmeregelung für alle Belgier, sich ohne triftigen Grund für maximal 24 Stunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufzuhalten, halten 73 Prozent für angemessen.

Mehrheitlich für angemessen gehalten wird zudem auch die nächtliche Ausgangsbeschränkung von 22 bis 6 Uhr (69 %) und die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundärschülern in der Schule (68 %).

Deutlich kritischer bewertet wird hingegen die Schließung von Cafés, Bars und Restaurants, die Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts sowie insbesondere die Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte: Diese Maßnahmen werden von 47 bzw. 61 Prozent als zu weitgehend bewertet.

▪ Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen I

	Die Maßnahme		
	ist angemessen %	geht zu weit %	geht nicht *) weit genug %
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	91	5	3
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	88	6	5
- Homeoffice als Regel in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	82	10	1
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter	79	18	3
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	77	19	3
- Ausnahmeregelung für alle Belgier, sich ohne triftigen Grund für maximal 24 Stunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufzuhalten	73	20	5
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 22 bis 6 Uhr	69	28	2
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	68	24	2
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	50	47	2
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	49	47	3
- Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte **)	34	61	3

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) Datenbasis: 586 Befragte, da erst ab 4. November gefragt

Dass die verschiedenen Maßnahmen zu weit gehen, meinen die jüngeren Befragten teilweise deutlich häufiger als die älteren Befragten. Dies gilt insbesondere für die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen und das Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen II**

Die Maßnahme geht zu weit:	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte	61	68	66	67	46
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	47	57	48	48	37
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	47	56	52	48	34
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 22 bis 6 Uhr	28	53	26	25	13
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	24	32	28	22	17
- Ausnahmeregelung für alle Belgier, sich ohne triftigen Grund für maximal 24 Stunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufzuhalten	20	30	13	22	17
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	19	41	15	17	8
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter	18	25	21	17	10
- Homeoffice als Regel in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	10	9	11	13	8
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	6	15	3	5	3
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	5	6	7	5	3

Die Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte sowie von Cafés, Bars und Restaurants halten die Bürger im Süden der DG noch häufiger als die Bewohner im Norden für zu weit gehend.

▪ **Einschätzungen zu einzelnen Maßnahmen III**

Die Maßnahme <u>geht zu weit</u> :	insge-	Norden	Süden
	samt %	%	%
- Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte	61	57	64
- Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts	47	47	47
- Schließung von Cafés, Bars und Restaurants	47	42	52
- nächtliche Ausgangsbeschränkung von 22 bis 6 Uhr	28	27	29
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes von Sekundarschülern in der Schule	24	19	29
- Ausnahmeregelung für alle Belgier, sich ohne triftigen Grund für maximal 24 Stunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz aufzuhalten	20	21	20
- Verbot des Konsums von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum	19	15	23
- Verbot von Veranstaltungen mit Freizeit- und Unterhaltungscharakter	18	16	19
- Homeoffice als Regel in allen Unternehmen, Vereinigungen und Diensten	10	8	12
- Abstandspflicht von 1,5 Metern zu anderen Personen	6	6	7
- Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes, wenn der Abstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann sowie an festgelegten Orten	5	5	6

5. Informationsverhalten und Informationsstand

Die mit Abstand am häufigsten genutzten Informationsquellen in der Corona-Krise bleiben wie bereits im Juni persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten (86 %), das Radio (83 %) sowie das Fernsehen (82 %).

70 Prozent haben sich in den vergangenen Wochen über Nachrichtenseiten im Internet, 61 Prozent über Tageszeitungen über die Corona-Krise informiert.

Die Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“ haben 44 Prozent, soziale Netzwerke wie Twitter, Facebook oder YouTube 38 Prozent und Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen 28 Prozent als Informationsquelle genutzt.

Unterschiede in der Mediennutzung zeigen sich wie so oft zwischen Jung und Alt: Im Fernsehen und in Tageszeitungen informieren sich die über 60-Jährigen deutlich häufiger über die Corona-Krise als die unter 30-Jährigen. Diese wiederum informieren sich häufiger als die Älteren über Nachrichtenseiten im Internet und insbesondere über soziale Netzwerke.

Die Generation der 30- bis 59-Jährigen hat sich überdurchschnittlich häufig über die Internetseite der DG informiert.

▪ Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	insgesamt *)		18- bis 29-	30- bis 44-	45- bis 59-	60 Jahre
	Juni	Nov.	Jährige	Jährige	Jährige	und älter
	%	%	%	%	%	%
- persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	88	86	85	89	87	84
- Radio	78	83	78	83	87	81
- Fernsehen	81	82	68	79	86	91
- Nachrichtenseiten im Internet	66	70	79	82	77	48
- Tageszeitungen	60	61	42	59	66	73
- Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	38	44	39	46	54	37
- soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	41	38	72	43	31	16
- Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	34	28	29	30	33	22

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

66 Prozent der Bürger in Ostbelgien kennen die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline, die die Bürger über das Corona-Virus und Hilfsmaßnahmen informiert.

Unterdurchschnittlich bekannt ist die telefonische Hotline bei den unter 30-Jährigen und Befragten mit formal niedriger Bildung.

▪ Bekanntheit der telefonischen Hotline

		Es kennen die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline
		_____ %
insgesamt	Juni	72
	November	66
Norden		67
Süden		66
Männer		60
Frauen		72
18- bis 29-Jährige		51
30- bis 44-Jährige		66
45- bis 59-Jährige		77
60 Jahre und älter		68
Erwerbstätige		72
Rentner		68
ohne Diplom/Primar		49
mittlerer Abschluss		59
Abitur/ Studium		74

Auch das „Kontakt-Tracing“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist einer großen Mehrheit von 79 Prozent der Bürger in Ostbelgien bekannt.

- Bekanntheit des „Kontakt-Tracings“

Es wissen, dass sich ein Team der DG mit ärztlicher Unterstützung darum kümmert, Personen zu finden, die mit einer am Corona-Virus erkrankten Person in Kontakt standen

		%
insgesamt	Juni	75
	November	79
Norden		76
Süden		82
Männer		78
Frauen		80
18- bis 29-Jährige		79
30- bis 44-Jährige		84
45- bis 59-Jährige		83
60 Jahre und älter		72
Erwerbstätige		85
Rentner		70
ohne Diplom, Primar		56
mittlerer Abschluss		73
Abitur, Studium		86

Eine große Mehrheit von 82 Prozent findet es auch gut, dass dieses „Kontakt Tracing“ durchgeführt wird.

Lediglich 13 Prozent finden das nicht so gut.

▪ Bewertung des „Kontakt-Tracings“

		Es finden gut, dass dieses „Kontakt Tracing“ durchgeführt wird	
		ja	nein *)
		<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	Juni	71	23
	November	82	13
Norden		87	8
Süden		78	18
Männer		83	14
Frauen		82	13
18- bis 29-Jährige		87	13
30- bis 44-Jährige		89	10
45- bis 59-Jährige		78	18
60 Jahre und älter		78	11
Erwerbstätige		85	12
Rentner		78	10
ohne Diplom/ Primar		79	10
mittlerer Abschluss		77	17
Abitur/ Studium		85	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die „Coronalert-App“ zur Nachverfolgung enger Kontakte mit einem App-Nutzer, der positiv auf das Virus getestet wurde, ist der großen Mehrheit der Befragten (89 %) bekannt.

Heruntergeladen und installiert hat diese App bislang etwa jeder fünfte Bewohner der DG (19 %). Die Coronalert-App wird eher im Norden als im Süden, eher von den jüngeren als von den älteren Befragten sowie eher von den Befragten mit weiterführenden Schulabschlüssen als von Befragten mit niedriger Bildung genutzt.

▪ Bekanntheit der App „Coronalert“

	Es kennen die Coronalert-App %	Es haben die Coronalert-App heruntergeladen und installiert %
insgesamt	89	19
Norden	89	24
Süden	89	13
Männer	89	19
Frauen	89	18
18- bis 29-Jährige	90	24
30- bis 44-Jährige	97	18
45- bis 59-Jährige	94	21
60 Jahre und älter	79	13
Erwerbstätige	95	21
Rentner	77	11
ohne Diplom/ Primar	70	9
mittlerer Abschluss	88	12
Abitur/ Studium	93	24

6. Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Bereits im Juni befand eine große Mehrheit von 72 Prozent der Bewohner in Ostbelgien die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel zur Corona-Krise für (sehr) glaubwürdig. Dieser Anteil ist nochmals gestiegen und liegt nun bei 78 Prozent.

18 Prozent halten die Informationen der föderalen Regierung für wenig oder gar nicht glaubwürdig.

▪ Glaubwürdigkeit der Informationen der föderalen Regierung

Die Informationen der föderalen Regierung
in Brüssel sind glaubwürdig

		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		%	%	%
insgesamt	Juni	9	63	25
	November	19	59	18
Norden		20	61	15
Süden		18	58	22
Männer		23	57	18
Frauen		16	62	19
18- bis 29-Jährige		20	60	18
30- bis 44-Jährige		22	55	21
45- bis 59-Jährige		16	60	21
60 Jahre und älter		18	61	15
Erwerbstätige		19	58	20
Rentner		18	62	15
ohne Diplom/Primar		11	63	21
mittlerer Abschluss		17	59	21
Abitur, Studium		22	60	16

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Diejenigen, die die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, nennen dafür vor allem wie bereits im Juni die empfundene Widersprüchlichkeit der Informationen (24 %) als Grund.

Weitere 24 Prozent begründen ihr Misstrauen mit fehlendem Vertrauen in die Politik generell, jeweils 11 Prozent mit einer Skepsis über die offiziellen Opfer- bzw. Infektionszahlen bzw. ihrem Zweifel an dem Ausmaß der Pandemie.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der föderalen Regierung *)

	Juni %	November %
- widersprüchliche Informationen	27	24
- generelles Misstrauen in die Politik	19	24
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	11	11
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	9	11
- einseitige Informationen	6	8
- zu wenig Informationen	4	7
- mangelnde Kompetenz der Politik	11	6
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	2	4
- schneller Wechsel der Entscheidungen	9	1
- weiß nicht	8	6

*) Basis: Befragte, die die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Das Vertrauen der Bewohner Ostbelgiens in die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise ist aktuell ähnlich hoch wie bereits im Juni: Unverändert 86 Prozent halten aktuell die Informationen der DG für sehr bzw. eher glaubwürdig. Etwas gestiegen ist der Anteil derer, die die Informationen der DG für sehr glaubwürdig halten (+ 5 Prozentpunkte).

Nach wie vor nur wenige (11 %) halten die Informationen für wenig bzw. gar nicht glaubwürdig.

Dieses Meinungsbild unterscheidet sich zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und den beiden Regionen nur geringfügig.

▪ **Glaubwürdigkeit der Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

		Die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind glaubwürdig		
		sehr	eher	wenig bzw. *) gar nicht
		<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
insgesamt	Juni	21	65	11
	November	26	60	11
Norden		29	60	8
Süden		24	60	14
Männer		26	59	12
Frauen		26	61	9
18- bis 29-Jährige		24	59	17
30- bis 44-Jährige		33	53	14
45- bis 59-Jährige		22	65	10
60 Jahre und älter		28	61	6
Erwerbstätige		27	58	13
Rentner		27	61	7
ohne Diplom/Primar		19	62	14
mittlerer Abschluss		22	65	12
Abitur/ Studium		30	59	10

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die sehr wenigen Befragten, die die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, nennen dafür vor allem die wahrgenommene Widersprüchlichkeit der Informationen (24 %) und ein Misstrauen in die Politik (17 %) als Gründe. 15 Prozent äußern Zweifel am Ausmaß der Pandemie.

18 Prozent der „Zweifler“ können nicht genau begründen, warum sie die Informationen des Ministeriums für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten.

▪ Gründe für Zweifel an den Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft *)

	Juni <u>%</u>	November <u>%</u>
- widersprüchliche Informationen	19	24
- generelles Misstrauen in die Politik	16	17
- Zweifel an Ausmaß der Pandemie	6	15
- Abhängigkeit von höheren Ebenen	21	9
- mangelnde Kompetenz der Politik	8	7
- Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	1	5
- Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	3	2
- weiß nicht	20	18

*) Basis: Befragte, die die Informationen der DG für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten

**) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Wie die folgende Übersicht zeigt, neigt nur eine Minderheit der Bewohner in Ostbelgien im Zusammenhang mit dem Corona-Virus zu Verschwörungstheorien. Insgesamt 61 Prozent halten keiner der vier Aussagen, weitere 23 Prozent nur eine der Aussagen für glaubwürdig. Lediglich 15 Prozent stimmen zwei oder mehr der Aussagen zu.

Insgesamt halten jeweils 18 Prozent die Aussage für glaubwürdig, dass das Corona-Virus in einem Labor gezüchtet und absichtlich in Umlauf gebracht wurde bzw. dass die Regierung in Belgien die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dargestellt und die Bevölkerung täuscht.

16 Prozent glauben an einen „Impfzwang“ für alle Bürger, wenn es einmal einen Impfstoff gegen das Corona-Virus gibt und 10 Prozent halten das Corona-Virus für einen Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken.

Insgesamt ist der Anteil derjenigen, die diesen verschiedenen Aussagen Glauben schenken, seit Juni zurückgegangen.

▪ **Glaubwürdigkeit verschiedener Aussagen zum Corona-Virus I**

Es halten die Aussage für glaubwürdig:	insgesamt		18- bis 29- Jährige	30- bis 44- Jährige	45- bis 59- Jährige	60 Jahre und älter
	Juni %	Nov. %				
- Das Corona-Virus wurde in einem Labor gezüchtet und absichtlich in Umlauf gebracht	19	18	15	23	19	17
- Die Regierung in Belgien stellt die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dar und täuscht die Bevölkerung	23	18	27	12	14	19
- Wenn es einmal einen Impfstoff gegen das Corona-Virus gibt, wird jeder Bürger gezwungen, sich gegen das Virus impfen zu lassen	21	16	23	10	12	18
- Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken	12	10	12	12	9	9

Bewohner im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft neigen etwas häufiger den einzelnen Verschwörungstheorien (mit Ausnahme der Impfpflicht-„These“) zu als die Bewohner im Norden.

Bei Befragten mit mittleren oder niedrigen Bildungsabschlüssen finden die einzelnen „Thesen“ etwas mehr Anklang als bei Befragten mit formal höherer Bildung.

▪ **Glaubwürdigkeit verschiedener Aussagen zum Corona-Virus II**

Es halten die Aussage für glaubwürdig:	insgesamt %	Norden %	Süden %	ohne Dipl./ Primar %	mittlerer Abschluss %	Abitur/ Studium %
- Das Corona-Virus wurde in einem Labor gezüchtet und absichtlich in Umlauf gebracht	18	16	20	21	18	18
- Die Regierung in Belgien stellt die gesundheitlichen Risiken durch das Corona-Virus bewusst übertrieben dar und täuscht die Bevölkerung	18	15	21	29	23	12
- Wenn es einmal einen Impfstoff gegen das Corona-Virus gibt, wird jeder Bürger gezwungen, sich gegen das Virus impfen zu lassen	16	17	15	28	18	11
- Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken	10	6	15	16	11	8

7. Zentrale Ergebnisse

Betroffenheit von der Corona-Krise

Die größten Sorgen bereiten den Bewohnern im Zusammenhang mit der Corona-Krise wie bereits im Sommer - neben einer Ansteckung - die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Deutlich häufiger als im Juni befürchteten die Bürger in Ostbelgien nun auch eine Überlastung des Gesundheitssystems.

Trotz der geäußerten Sorgen kann auch in der aktuellen Erhebung eine Mehrheit der Befragten der Corona-Zeit auch etwas Positives abgewinnen. Allerdings ist der Anteil der Bürger, die dies angeben, gegenüber Juni rückläufig.

Deutlich mehr Bürger als noch im Sommer fühlen sich aktuell durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt: Fühlte sich im Juni ein Drittel stark oder sehr stark eingeschränkt, sagt dies nun infolge der verschärften Maßnahmen die Hälfte der Bevölkerung.

Wie bereits im Juni hat sich allerdings auch in der aktuellen Erhebung die finanzielle Situation der allermeisten Bürger in Ostbelgien (78 %) durch die Corona-Krise nicht verändert. Lediglich 15 Prozent berichten von einer Verschlechterung, 6 Prozent sogar von einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

Dies entspricht in hohem Maße der Situation in Deutschland, wo im Rahmen einer umfangreichen forsa-Studie für das Bundesgesundheitsministerium Ende Oktober ebenfalls drei Viertel der Bundesbürger angaben, dass sich ihr monatliches Haushaltseinkommen im Zuge der Corona-Krise nicht verschlechtert.

Für eine gewisse Entkopplung der persönlichen Situation von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung infolge der Corona-Krise spricht auch der Befund, dass wie bereits im Juni deutlich mehr Ostbelgier die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien pessimistisch beurteilen als ihre persönlichen Zukunftsaussichten. Auch haben sich die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten für Ostbelgien zwischen Juni und November etwas stärker eingetrübt als die persönlichen.

Das Krisenmanagement der Regierung und die politischen Maßnahmen

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel und dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Umgang mit der Corona-Krise ist seit Juni etwas rückläufig. Allerdings sind mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit 72 Prozent nach wie vor deutlich mehr Bürger in Ostbelgien zufrieden als mit dem Krisenmanagement der föderalen Regierung in Brüssel (mit nur 51 Prozent).

Die generelle Akzeptanz der zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen ist wie im Juni unverändert hoch: 80 Prozent halten die getroffenen Maßnahmen für angemessen (64 %) oder für nicht weitgehend genug (16 %). Lediglich 17 Prozent gehen die Maßnahmen zu weit. Der Anteil derer, denen die getroffenen Maßnahmen nicht weit genug gehen, ist gegenüber Juni etwas angestiegen, der Anteil derer, denen die Maßnahmen zu weit gehen, leicht gesunken.

Die hohe Akzeptanz der getroffenen Maßnahmen unter den Bürgern in Ostbelgien entspricht ebenfalls weitgehend dem Meinungsbild, wie wir es in Deutschland seit Beginn der Corona-Krise durchgehend finden. So waren seit März in den von forsa durchgeführten Erhebungen immer etwa 80 Prozent der Bundesbürger der Meinung, die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie seien angemessen oder gingen nicht weit genug, während jeweils nur eine Minderheit befand, die Maßnahmen gingen zu weit.

Auch finden fast alle der konkret zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Einzelmaßnahmen in Ostbelgien (wie auch in Deutschland) die Zustimmung einer Mehrheit in der Bevölkerung. Kritischer bewertet werden lediglich die Schließung der Gastronomie (so auch aktuell in Deutschland), die Begrenzung der engen Kontakte auf maximal eine Person außerhalb des eigenen Haushalts sowie vor allem die Schließung aller nicht-essenziellen Geschäfte, die von einer Mehrheit abgelehnt wird.

Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Informationen sowohl der föderalen Regierung in Brüssel als auch des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind wie im Juni weiterhin sehr hoch: 78 Prozent der Bürger in Ostbelgien (etwas mehr noch als im Juni) halten die Informationen aus Brüssel, unverändert 86 Prozent die Informationen des Ministeriums der DG zur Corona-Krise für glaubwürdig.

Auch in Deutschland bewegt sich das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Informationen der Bundesregierung seit Beginn der Krise auf einem ähnlich hohen Niveau: Etwa drei Viertel der Bundesbürger halten die Regierungsinformationen für glaubwürdig, nur ein Viertel oder weniger tut dies nicht.

Leicht rückläufig ist gegenüber Juni auch der Anteil der Bewohner in Ostbelgien, die Verschwörungstheorien zuneigen. Insbesondere die „Thesen“ von der bewussten Übertreibung der Gesundheitsgefahren durch die Regierung und der „Zwangsimpfung“, sobald ein Impfstoff vorliegt, werden von weniger Bürgern für glaubwürdig befunden als noch im Juni.